

Zeitschrift: Frauezeitig : FRAZ
Herausgeber: Frauenbefreiungsbewegung Zürich
Band: - (1993-1994)
Heft: 45

Artikel: Die (un)heimlichen Grenzen der EG : Asyl- und Einwanderungspolitik gegenüber Migrantinnen
Autor: Hiller, Ulrike
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1054239>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 12.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Die (un)heimlichen Asyl- und Einwanderungspolitik

Von Ulrike Hiller*

Konzipiert wurde der europäische Binnenmarkt als Wirtschafts- und Währungsunion mit dem Ziel, Europa international konkurrenzfähiger zu machen. Im Vordergrund stand zuerst die wirtschaftliche Harmonisierung der Europäischen Gemeinschaft, und erst im Zuge der ökonomischen Entwicklungen wurde deutlich, dass eine weitergehende politische und soziale Angleichung notwendig ist.

Die Freizügigkeit der ArbeitnehmerInnen aus den Mitgliedstaaten war schon früh im EWG-Vertrag geregelt, die gesamte «Einwanderungspolitik» ist dagegen erst in den 80er Jahren zum Gegenstand der Diskussion geworden.

Diese gemeinsame Asyl- und Einwanderungspolitik beschränkt sich allerdings immer weniger nur auf die Mitgliedstaaten der EG, sondern wirkt sich auf ganz Europa und somit auch auf die Schweiz aus.

Generell lässt sich die europäische Migrationspolitik anhand von drei Stichworten charakterisieren: schlechtere Lebensmöglichkeiten für Immigrantinnen in Europa, die rigorose Abschottung der Grenzen und ein steigender Eurorassismus.

Welche Lebensmöglichkeiten bleiben Migrantinnen in der EG?

Europa, bisher nur die geographische Bezeichnung für einen Kontinent, wird gegenwärtig umdefiniert zu einer neuen nationalen Einheit. Die veränderte Grenzsicherung hat zur Folge, dass die bereits jetzt in Europa lebenden Menschen hierarchisch in neue Klassen mit unterschiedlichen Rechten eingeteilt werden.

Die Verbesserung der Mobilität der Arbeitskräfte innerhalb

der EG ist bekanntlich ein wesentliches Element der Binnenmarkt-Ideologie. Tatsächlich wird die neue Bewegungsfreiheit ein Vorrecht einer weissen, christlichen und qualifizierten EG-Elite. Öffnen sich die Grenzen für die StaatsbürgerInnen der EG, so gelten für Menschen aus Drittstaaten die Grenzen der Nation, auf die sich ihre Aufenthaltserlaubnis beschränkt.

Da durch den Wegfall der nationalen Grenzen eine Kontrolle immer schwerer wird, werden zukünftig Passkontrollen innerhalb der Gemeinschaft anhand von äusseren Merkmalen vollzogen. Es ist beabsichtigt, dass besonders an öffentlichen Plätzen (Bahnhöfen, Flughäfen etc.) Menschen z. B. aufgrund der Hautfarbe oder Kleidung willkürlich kontrolliert werden. So wird es neben der hochgehaltenen Freizügigkeit und Gleichheit durch die Hintertür eine «neue» und zusätzliche Form von Rassismus innerhalb der Gemeinschaft geben.

Frauen aus Drittländern, die schon längere Zeit in Europa leben, sind bereits heute in ungeschützte Beschäftigungsverhältnisse abgedrängt. Da ihnen Bildungs- und gesicherte Arbeitsmöglichkeiten häufig verwehrt werden, können die meisten von ihnen nicht einmal formal die Voraussetzungen für soziale Sicherungsleistungen erfüllen. Sie sind die ersten, die aus der Europäischen Gemeinschaft «herausfliegen», da ihnen die Lebensgrundlage entzogen wird.

Frauen, die erst jetzt nach Europa migrieren, haben noch geringere Zugangsmöglichkeiten zum Bildungs- und Arbeitsmarktbereich – falls sie überhaupt eine Arbeitserlaubnis erhalten. Durch jede neue Welle von ArbeitsmigrantInnen kommt es zu einer weiteren Segmentierung und Unterschichtung des Arbeitskräftepotentials, was die Unterbietungskonkurrenz, selbst um die schlecht bezahlten Arbeitsplätze im Rei-

nigungsbereich und in den «Frauenindustrien», verschärfen dürfte.

Zusätzlich ist in verschiedenen Mitgliedstaaten verstärkt zu beobachten, dass Migrantinnen für die Reproduktion des «Privaten» (Putzen, Kinderbetreuung) eingesetzt werden, da zum einen die Erwerbstätigkeit bei EG-BürgerInnen steigt, zum anderen die staatlichen sozialen Leistungen im Familienbereich immer stärker wegfallen. Dieser Arbeitsbereich ist besonders von einer starken Abhängigkeit, Unterbezahlung und keiner sozialen Absicherung geprägt.

Durch die Freizügigkeit der Europäischen Gemeinschaft werden Frauen in noch stärkerer Masse in Konkurrenzkämpfe auf dem Arbeitsmarkt geraten, und es wird zu einer Verschärfung der Unterschiede zwischen Frauen kommen. Die Konkurrenzkämpfe gehen klar auf Kosten der Frauen mit einem anderen Pass und liegen damit eindeutig im Interesse der herrschenden rassistisch und patriarchal geprägten Ordnung.

Die Festung Europa

Hinter den verschlossenen Türen der EG wird zusätzlich eine äussere Abschottung der Gemeinschaft geplant und realisiert. Begründet wird dieses Vorgehen mit dem Argument des Sicherheitsdefizits, das angeblich durch den Wegfall der Grenzen innerhalb der Gemeinschaft entstehen soll.

Europäische Realität ist schon heute, dass zum einen die direkten Aussengrenzen grösstenteils durch Militär und Grenzpolizei kontrolliert werden. Zum anderen sind «indirekte» Grenzen errichtet, die schon in den Botschaften der Herkunftsländer beginnen, wo das Einreisevisum bzw. die Arbeitserlaubnis beantragt werden muss. Ähnlich verhält es sich mit den Passkontrollen während des Transportes oder

den sogenannten «Internationalen Zonen» auf Flughäfen.

Wesentliches Anliegen der gemeinsamen Migrationspolitik ist die Abschreckung. Menschen sollen erst gar nicht den Boden der EG erreichen.

Entsprechend arbeiten Kreise von Innenministern, Polizeichefs und Geheimdiensten in verschiedensten Arbeitszusammenhängen, um Abwehrmassnahmen gegen die «Bedrohung von aussen» (aussereuropäische Flüchtlinge, organisierte Kriminalität und Terroristen) vorzubereiten. Obwohl wenig Sicheres über die Planung in die Öffentlichkeit dringt, ist eine europäische Fahndungsunion bereits Realität.

Es sollen nun zwei der Gremien kurz dargestellt werden: die Schengener und die Trevi Gruppe.

In der Entstehung einer gemeinsamen Abschottungspolitik spielte die Schengener Gruppe eine entscheidende Rolle. Das Resultat dieser Gruppe ist das Schengener Abkommen, das seit 1985 besteht. Inhalt ist zum einen eine gemeinsame Länderliste über die Staaten, die zur Einreise ein Visum benötigen. Zum anderen wurde dort eine Sichtsvermerkplicht für die Unterzeichnerstaaten vereinbart. Dieser Sichtsvermerk soll Flüchtlinge daran hindern, bei einer Ablehnung eines Mitgliedstaates in einen anderen weiterzuwandern. Geplant wird zusätzlich eine gemeinsame Aufnahme- und Abschiebepolitik. Der dafür notwendige internationale Datenverbund, das sogenannte Schengener-Informationssystem (SIS), ein Sach- und Personalfahndungssystem, ist bereits Realität. Darin sollen verschiedene Personengruppen, die eine Gefahr für die innere Sicherheit darstellen, gespeichert werden. Durch diesen Datenverbund können Menschen aus Drittstaaten jederzeit polizeilich überwacht, kontrolliert und ermittelt werden. Das EG-weite Ausländere-

Grenzen der EG gegenüber Migrantinnen

Innenzentralregister ist damit sozusagen perfekt. Zukünftig ist nicht einzusehen, warum die dann vorhandenen zwischenstaatlichen Informationssysteme nicht auch auf andere «Sensible» Bereiche übertragbar sein sollten.

Besonders das Schengener Abkommen erfüllt zusätzlich den Zweck, dass die bislang noch nicht unterzeichneten Staaten oder auch Länder, die in die Gemeinschaft aufgenommen werden wollen, unter einen gewissen «Zugzwang» gesetzt werden. So ist es auch nicht verwunderlich, dass innerhalb Europas ein Land nach dem anderen das nationale Asylrecht verschärft hat. In der Gemeinschaft gibt es keinen Staat mehr, der nicht die letzten Reste eines als liberal und humanitär zu bezeichnenden Asylrechts gekippt hat.

Neben der Schengener Gruppe gibt es auf europäischer Ebene noch die sogenannte TREVIGruppe. TREV (T = Terrorism, R = Racisme, E = Extremisme, V = Violence und I = International) ist kein formelles EG-Organ, sondern ein multilaterales Gremium der nationalen Justiz- und Innenministerien sowie der Polizeistäbe. Damit ist eine personelle Parallele zum EG-Ministerrat geschaffen, ohne dass die Trevi-Gruppe einer Kontrolle durch die EG-Kommission oder des EG-Parlaments unterliegt. Es wird also unabhängig von öffentlich-demokratischen Strukturen in diesem Gremium die EG-Innenpolitik betrieben.

Dabei spielt die «Harmonisierung des Asylrechts» eine Vorreiterrolle für den gesamten Bereich der «Inneren Sicherheit». Denn gerade bei den Flüchtlingen kann ohne nennenswerten innenpolitischen Widerstand Ausgrenzung und die nahezu totale Überwachung durchgezogen werden.

Diskriminierung von Frauen

Die spezifischen Diskriminierungen, denen Frauen auf dem

Weg nach Europa ausgesetzt sind, basieren auf der Nichtanerkennung von geschlechtsspezifischen Verfolgungsgründen und Aufenthaltsbestimmungen, die fast immer an den des Mannes gekoppelt sind. Für Frauen ist der Zugang nach Europa fast immer mit einer stärkeren Abhängigkeit von der

Gesellschaften sich verfestigt und Kriege und Verteilungskonflikte auf der Tagesordnung stehen, werden Menschen versuchen, die «Festung Europa» zu erreichen. Besonders den Schwächsten der Gesellschaften, den Frauen und Kindern, wird diese Möglichkeit weitestgehend versperrt.



Familie oder von Ehemännern verbunden.

Die restriktive Immigrationspolitik hat nicht nur europaweite, sondern weltweite entscheidende Folgen. Auch andere Staaten beginnen die Abschottungspolitik der EG nachzuahmen, teilweise gezwungenermaßen. Es zeichnet sich ab, dass die europäische Einwanderungspolitik eine Kettenreaktion nach sich ziehen wird.

Solange aufgrund der Ausbeutung der unterentwickelt gehaltenen Länder und der internationalen Arbeitsteilung das Armutsgefälle zwischen den

Auf der Suche nach dem Sündenbock

Ein drittes Merkmal der europäischen Migrationspolitik ist die Verfestigung eines neuen «Eurozentrismus», der hauptsächlich auf Kosten der Frauen geht. In den westlichen Medien werden Frauen, besonders aus islamischen Gebieten, als Opfer von Unterdrückung in ihrer eigenen Kultur dargestellt. Ihre Lebenssituation wird mit der angeblich frauenfreundlichen europäischen Kultur verglichen.

Es geht dabei allerdings nicht um die Aufdeckung von verschiedenen patriarchalen Gesellschaftsstrukturen oder um eine konsequente Auseinandersetzung und Verurteilung von sexueller und körperlicher Gewalt an Frauen, sondern um eine schwarz-weiß Darstellung von Kulturen. Das hat zur Folge, dass Frauen auch auf diese Weise gegeneinander ausgespielt werden.

In fast allen westeuropäischen Staaten war die ethnische Ausgrenzung in den Wahlkämpfen der letzten Jahre ein wichtiges Thema. Durch diese Form der «Sündenbockpolitik» konnte vielfach von sozialen und wirtschaftlichen Problemen abgelenkt werden. Unverkennbar ist, dass Rassismus und Ausgrenzungspolitik als Komponenten der Herrschaftssicherung eine wichtige Rolle spielen.

In fast allen europäischen Staaten ist es zu vermehrten Angriffen auf ImmigrantInnen gekommen, die in der Regel verharmlost, wenn nicht sogar indirekt gerechtfertigt wurden. In dem Masse, in dem das Thema «Ausgrenzung und Asyl» Eingang in die offizielle Politik fand, erhielten rechtsextreme Organisationen beängstigenden Zulauf. Dabei ist auffällig, dass sich diese Organisationen zum grössten Teil nicht offen an den faschistischen Traditionen orientieren, sondern sich ein modernes Image geben. Sie denunzieren die etablierten Parteien und die demokratischen Strukturen und konstruieren «ausländerfreie», rassistische Zukunftsmodelle, in denen sich angeblich alle sozialen und wirtschaftlichen Probleme lösen lassen.

Ulrike Hiller wohnt in Bremen und ist Mitautorin des Buches: «Herrenhaus Europa, Geschlechterverhältnisse im Wohlfahrtsstaat», Berlin 1992.